



Institut für Föderalismus  
Institut du Fédéralisme  
Institute of Federalism

Universität Freiburg  
Institut für Föderalismus  
Av. Beauregard 1  
CH – 1700 Freiburg

## Kantonale Volksabstimmungen vom 26. November 2017 – *Die Ergebnisse*

### Les votations cantonales du 26 novembre 2017 *Les résultats*

#### Übersicht / Aperçu

---

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

#### 1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales :



**OW:** Nachtrag zur Kantonsverfassung (Bürgerrecht)



**SH:** Volksinitiative «Initiative Beruf & Familie (Tagesschule 7to7)»  
(doch wurde der Gegenvorschlag angenommen)

## 2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



**BL:** Änderung des Kantonalbankgesetzes (Gegenvorschlag zur zurückgezogenen formulierten Gesetzesinitiative «Für einen unabhängigen Bankrat») (Oblig.)



**BL:** Ziffern 2.7 c. und 2.7 d. des Landratsbeschlusses vom 23. März 2017 betreffend Erteilung des 8. Generellen Leistungsauftrags im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2018-2021, Finanzprogramm für die Jahre 2020 und 2021 (Fak.)



**NE:** Loi portant modification de la loi sur le Centre neuchâtelois de psychiatrie (LCNP), de la loi sur l'Hôpital neuchâtelois (LHNE), de la loi portant constitution d'un établissement de droit public pour le maintien à domicile (NOMAD – Neuchâtel organise le maintien à domicile)



**NE:** Loi portant modification de la loi sur les finances des établissements médico-sociaux (LFinEMS)



**SH:** Änderung des Schulgesetzes (Einführung bedarfsgerechter schulergänzender Tagesstrukturen) [Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Initiative Beruf & Familie (Tagesschulen 7to7)»]



**SH:** Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (Juristische Personen mit idealen Zwecken)

## 3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :

---

## 4. Konkordate / Concordats :

---

## 5. Finanzreferendum / Référendum financier :



**NW:** Bewilligung eines Objektkredites für die Modernisierung des zivilen Flugplatzes Buochs (CHF 10 Mio).



**TG:** Kreditbegehren von 26'880'000 Franken für den Erweiterungsbau 2 der Pädagogischen Hochschule Thurgau in Kreuzlingen



# BL

### 1. Änderung des Kantonalbankgesetzes (Gegenvorschlag zur zurückgezogenen formulierten Gesetzesinitiative

«Für einen unabhängigen Bankrat»)

**JA (87.47%)**

**Stimmbeteiligung**

**28.35%**

Eine von einem überparteilichen Komitee eingereichte Initiative forderte die Entpolitisierung und Professionalisierung des strategischen Führungsorgans der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB). Dabei sollte insbesondere der Bankrat kleiner und damit effizienter werden und Regierungs- und Landräte sollten nicht mehr im Bankrat vertreten sein. Der Regierungsrat hat daraufhin diese Anliegen aufgenommen und ins neue «Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance)»<sup>1</sup> sowie in eine Änderung des Kantonalbankgesetzes<sup>2</sup> integriert. Anhand dieser Entwicklungen wurde die Initiative zurückgezogen, weswegen jetzt nur noch die Änderung des Kantonalbankgesetzes als Gegenvorschlag zur Abstimmung gelangt.

Der Regierungsrat von BL erachtet die Anliegen der Gesetzesinitiative «Für einen unabhängigen Bankrat» als gerechtfertigt und befürwortet die Entpolitisierung und Professionalisierung des strategischen Führungsorgans der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Durch diesen Schritt könne die *Corporate Governance* in Bezug auf einen wichtigen Beteiligungsbereich des Kantons gestärkt werden.

#### Erklärung einiger für die Revision relevanter Begriffe<sup>3</sup>

**Corporate Governance:** Corporate Governance oder die «Grundsätze der Unternehmensführung» bezeichnen den Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung von Unternehmen. Gute Corporate Governance bedingt Transparenz, ein ausgewogenes Verhältnis von Führung und Kontrolle sowie die Wahrung von Entscheidungsfähigkeit und Effizienz.

**Public Corporate Governance:** Public Corporate Governance bezweckt die Einsetzung von Grundsätzen aus dem Gebiet der Corporate Governance in Bezug auf die Steuerung, Beaufsichtigung und Kontrolle von staatlichen Beteiligungen. Sie bezweckt die bedarfsgerechte, wirksame und wirtschaftliche Erfüllung von Staatsaufgaben unter Einhaltung der Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaats.

**Basel III:** Basel III ist ein Reformpaket des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), das die Stärkung der Eigenkapitals- und Liquiditätsvorschriften anstrebt. Dessen Regeln sind von der Schweizer Finanzmarktaufsicht in nationales Recht überführt worden und müssen bis Ende 2018 für alle Banken umgesetzt sein.

Deshalb hat er die Anliegen der Initiative folgendermassen umgesetzt:

<sup>1</sup> Die Vorlage zum «Gesetz über die Beteiligungen (Public Corporate Governance)» befindet sich aktuell in der parlamentarischen Beratung. Der Bericht des Regierungsrats zur Vorlage ist abrufbar [hier](#).

<sup>2</sup> Kantonalbankgesetz vom 24.06.2004; SGS 371; abrufbar [hier](#).

<sup>3</sup> Vgl. für weitere Erklärungen das Glossar auf Seite 11 der Abstimmungsbroschüre.

- Künftig sollen Aufsicht (beim Regierungsrat) und Oberaufsicht (beim Landrat) über die Kantonalbank klar getrennt werden. Insbesondere liegt die Wahl des Bankrats neu in der Kompetenz des Regierungsrats.
- Mitglieder des Regierungsrats und des Landrats sollen grundsätzlich nicht (mehr) im Bankrat vertreten sein. Ausnahmen für den Regierungsrat werden möglich sein, sofern die Interessen des Kantons nicht anders wahrgenommen werden können.
- Bankratsmitglieder dürfen nach der Revision nicht der Geschäftsleitung der BLKB angehören oder ausserhalb des Bankratsmandats entgeltliche Leistungen für die BLKB erbringen.
- Der Regierungsrat soll künftig ein Anforderungsprofil für die Besetzung der Mitglieder des Bankrats festlegen.
- Der Bankrat soll von 9 bis 11 auf 7 bis 9 Mitglieder reduziert werden.

Diese Bestimmungen sollen einerseits im neuen Gesetz über die Beteiligungen und andererseits im Kantonalbankgesetz verankert werden. Letzteres muss ohnehin aufgrund der neuen Vorgaben im Rahmen des Basel III-Regelwerks revidiert werden.

Da die Initiative zurückgezogen wurde, stimmen die Baselbieter Stimmberechtigten nun nur noch über den ursprünglichen Gegenvorschlag zur Initiative ab, wobei der Land- und der Regierungsrat die Annahme der Vorlage empfehlen.<sup>4</sup>

## 2. Ziffern 2.7 c. und 2.7 d. des Landratsbeschlusses vom 23. März 2017

**betreffend Erteilung des 8. Generellen Leistungsauftrags  
im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2018-2021,  
Finanzprogramm für die Jahre 2020 und 2021**

**Stimmbeteiligung**

**NEIN (64.91%)  
28.83%**

**Da die Bahnlinie S9 («Läufelfingerli») lediglich einen Fünftel ihrer Kosten deckt, sieht der 8. Generelle Leistungsauftrag (GLA) für die Jahre 2018–2021 vor, den öffentlichen Verkehr im Homburgertal ab Dezember 2019 gänzlich auf Busbetrieb umzustellen. Damit liessen sich im Kanton BL Kosten von jährlich CHF 840'000.- einsparen. Gegen den Entscheid der Ausserbetriebnahme der Bahnlinie ist das Referendum ergriffen worden.**

Der *Generelle Leistungsauftrag (GLA)* enthält unter anderem Regelungen zum Streckennetz, zur Linieneinführung sowie zu den Grundsätzen des Betriebsangebots und des Finanzprogramms für den öffentlichen Verkehr (ÖV). Er ist alle vier Jahre zu erneuern: Der bisherige 7. GLA läuft Ende 2017 aus, weswegen der 8. GLA ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 Anwendung findet.

Hintergrund der Ausserbetriebnahme bildet ein Auftrag des Landrats an die Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons vom 25.02.2016, wonach bei der Ausarbeitung des 8. GLA Kostenoptimierungen im Angebot vorzunehmen sind, sodass für den Kanton jährliche Einsparungen von netto CHF 0.9 Mio. erreicht oder übertroffen werden können (brutto rund CHF 1.4 Mio. inklusive Anteil Bund).

Der Regierungsrat bringt in der Begründung seiner Entscheidung an, dass die S9 Sissach–Läufelfingen–Olten seit Jahren einen Kostendeckungsgrad von rund 20% aufweist, womit lediglich ein Fünftel der Kosten der Bahn durch ihre eigenen Einnahmen gedeckt werden. Die restlichen 80% werden von den Steuerzahlenden finanziert. Da eine Erhöhung des Kostendeckungsgrads in den nächsten Jahren nicht

<sup>4</sup> Der Landrat hat die Änderung des Kantonalbankgesetzes vom 15.06.2017 mit 72 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

zu erwarten sei, erfülle das «Läufelfingerli» damit die Minimalanforderungen des Angebotsdekrets nicht. Der Regierungsrat bringt ebenfalls an, dass im Homburgertal bereits jetzt Busse verkehren, welche grösstenteils dasselbe Einzugsgebiet wie die S9 abdecken.

Das Referendumskomitee «Gegen die Stilllegung der S9 / Läufelfingerli» hat für dieses Vorgehen jedoch kein Verständnis. So sei die S9 sei eine umweltfreundliche, menschenfreundliche und letztlich auch eine historisch bedeutsame Bahn. Darüber hinaus sei sie überaus *effizient*: Berufstätige aus dem Homburgertal, die in Zürich oder Bern arbeiten, kommen mit der Bahn in wenigen Minuten nach Olten. Der Bus müsste anstelle des Hauensteintunnels die Passstrasse befahren, was ein Mehrfaches an Fahrzeit in Anspruch nehmen würde. Von Buckten nach Olten benötigt der aktuelle Zug 13 Minuten, wobei es mit dem Bus voraussichtlich 31 Minuten wären.

Weiter wird argumentiert, dass die Bahnverbindung durch den Hauensteintunnel wintersicher, pünktlich sowie behinderten- und familienfreundlich sei. Im Zug sei genügend Platz für Kinderwagen, Rollstühle und Fahrräder vorhanden. Ebenfalls verfügen alle Haltestellen entlang der S9 über Blindenmarkierungen und ebenerdige Einstiegsmöglichkeiten. Es sei daher unsinnig, über eine bestens ausgebaute Bahnlinie zu verfügen und diese nicht zu nutzen.

Das Komitee argumentiert auch mit strukturellen Gründen gegen die Stilllegung: Da eine direkte S-Bahn-Verbindung Olten–Läufelfingen– Sissach–Liestal–Basel in die «Angebotsvorstellungen 2030» der Planungsregion Nordwestschweiz aufgenommen worden sei, werde die S9 in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Frage wird von den Stimmberechtigten von BL beurteilt, da nach § 31 Bst. b der Kantonsverfassung auf Begehren von 1'500 Stimmberechtigten Beschlüsse des Landrates über neue einmalige Ausgaben von mehr als CHF 500'000.- der Volksabstimmung unterbreitet werden.<sup>5</sup> Der Landrat hat dem Finanzprogramm mit 63 zu 3 Stimmen bei 18 Enthaltungen zugestimmt und empfiehlt den Stimmberechtigten von BL zusammen mit dem Regierungsrat den Landratsbeschluss anzunehmen.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## FR (scrutin communal)<sup>6</sup>



**Election de l'assemblée constitutive du Grand Fribourg (pour les communes d'Avry, Belfaux, Corminboeuf, Ville de Fribourg, Givisiez, Granges-Paccot, Marly, Matran et Villars-sur-Glâne)**

**Le corps électoral de ces neuf communes, qui composent le périmètre provisoire du Grand Fribourg, est convoqué en vue de l'élection des délégué-e-s au sein de l'assemblée constitutive du Grand Fribourg. Un second tour éventuel se déroulera le dimanche 17.12.2017.**

<sup>5</sup> Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, vom 17.05.1984; GS 100; abrufbar [hier](#).

<sup>6</sup> Les résultats de la votation pour les diverses communes peuvent être découverts dans les médias, p.ex *La Liberté* téléchargeable [ici](#) ou *20minutes* téléchargeable [ici](#). Le taux de participation global ne dépasse pas 20% ; il oscille entre 9.71% (Granges-Paccot), 15.16% (Villars-sur-Glâne), 16.25% (Givisiez) et 31.75% (Matran).

Le 13.05.2016, le Grand Conseil du canton de FR a accepté des modifications apportées à la loi du 09.12.2010 relative à l'encouragement aux fusions de communes (LEFC)<sup>7</sup>. Celles-ci prévoient notamment des dispositions spécialement consacrées à la *fusion du Grand Fribourg*, au nombre desquelles l'élection d'une assemblée constitutive chargée d'élaborer une *convention de fusion*. A ce titre, l'assemblée devant être élue possède un caractère hybride, ni vraiment constituante, ni vraiment organe législatif, plutôt commission d'experts *ad hoc*.

Cette assemblée est composée de représentants des communes incluses dans le périmètre du Grand Fribourg. Chaque commune dispose d'au moins deux délégués, puis, dès 1'000 habitants, d'un ou d'une délégué-e supplémentaire par tranche de 5'000 habitants (cf. tableau ci-dessous). Le Conseil communal de chaque commune désigne un ou une délégué-e, le ou les autres délégué-e-s sont élu-e-s par le corps électoral de chaque commune.

La *Newsletter* ne présente d'ordinaire pas les votations communales, encore moins les élections. Nous nous permettons de faire une petite exception ici, car à Fribourg et dans les communes avoisinantes va se dérouler le 26 novembre une élection tellement spéciale qu'elle mérite d'être signalée, puisqu'elle s'inscrit dans le projet de fusion du Grand Fribourg, un projet dont on parle depuis des dizaines d'années et qui entre désormais dans une phase de réalisation. La question des fusions de communes, et surtout des agglomérations, est par ailleurs un thème de discussion dans plusieurs cantons, qui trouveront peut-être ici une source d'inspiration.

Suite à la requête de quatre communes<sup>8</sup>, le Conseil d'Etat a déterminé le périmètre provisoire du Grand Fribourg le 27.06.2017 (cf. carte ci-dessous), soit les neuf communes sarinoises membres de l'Agglomération de Fribourg. A l'issue de la consultation lancée en février 2017, toutes ces communes ont déclaré leur intérêt à participer aux travaux de l'assemblée constitutive.

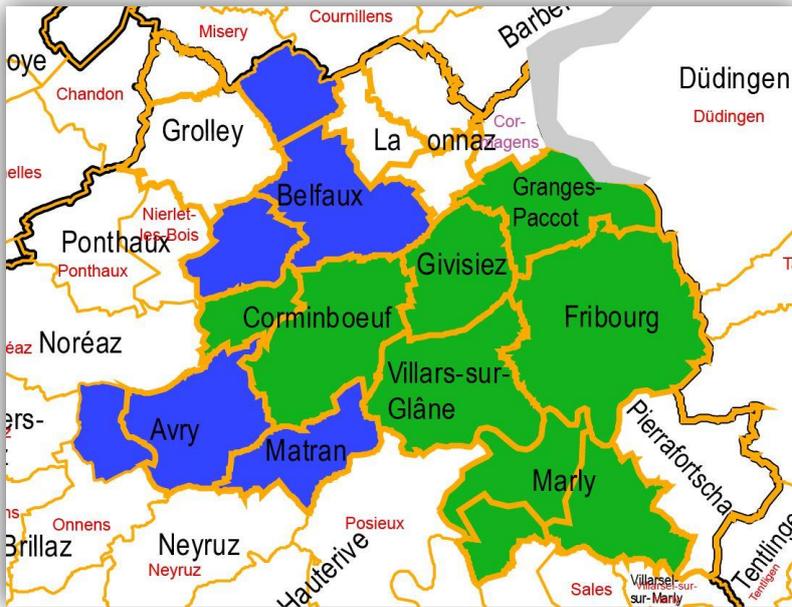
Présidée par le Préfet de la Sarine, l'assemblée constitutive, dispose de trois ans à partir du 27.06.2017, date de la détermination du périmètre provisoire, pour transmettre au Conseil d'Etat une convention de fusion. Celle-ci sera ensuite soumise au vote du corps électoral des communes concernées<sup>9</sup>.

Commune	Population légale (2015)	Nombre total de délégué-e-s	Nombre de délégué-e-s à élire par le peuple
Avry	1'874	3	2
Belfaux	3'288	3	2
Corminboeuf	2'455	3	2
Fribourg	38'489	10	9
Givisiez	3'125	3	2
Granges-Paccot	3'358	3	2
Marly	8'083	4	3
Matran	1'539	3	2
Villars-sur-Glâne	12'142	5	4

<sup>7</sup> Cf. Message 2014-DIAF-134 du 12.10.2015 du Conseil d'Etat au Grand Conseil accompagnant le projet de loi modifiant la loi relative à l'encouragement aux fusions de communes ainsi que deux autres lois (fusion du Grand Fribourg et prolongation de la LEFC).

<sup>8</sup> Corminboeuf, Fribourg, Givisiez et Marly.

<sup>9</sup> Le détail de la loi, notamment les dispositions relatives aux tâches, à l'organisation et au fonctionnement de l'assemblée constitutive, ainsi que les délais impartis à ses travaux, sont consultables dans le texte de la Loi relative à l'encouragement aux fusions de communes (LEFC), du 09.12.2010 ; RSF/SGF 141.1. ; téléchargeable [ici](#).



La carte provisoire du Grand Fribourg au 30.06.2017

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Instructions à l'intention des électeurs et des électrices](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

NE



**Personnel de la santé : quelles conditions de travail ?**

Deux modifications de lois, mais *une seule* question de principe: faut-il remplacer la CCT Santé 21 (Convention collective de travail) par des conventions collectives différentes, pour le personnel soignant et pour les autres professions des établissements de soins,

1. au Centre neuchâtelois de psychiatrie, à l'Hôpital neuchâtelois et à NOMAD?
2. dans les établissements médico-sociaux?

1. Loi du 27 mars 2017 portant modification de la loi sur le Centre neuchâtelois de psychiatrie (LCNP), de la loi sur l'Hôpital neuchâtelois (LHNE), de la loi portant constitution d'un établissement de droit public pour le maintien à domicile (NOMAD – Neuchâtel organise le maintien à domicile) **NON (76.55%)**  
**Participation 29.35%**

**2. Loi du 27 mars 2017 portant modification de la loi sur les finances des établissements médico-sociaux (LFinEMS)**  
**Participation**

**NON (77.15%)**  
**29.33%**

Faut-il avoir *des conventions de travail différentes* pour le personnel soignant et les autres professions des institutions de santé ? Ou alors *une convention unique* pour l'ensemble des salarié-e-s des établissements de soins neuchâtelois conventionnés, telle qu'elle est appliquée actuellement (CCT Santé 21) ?

En fait il s'agit d'une question unique qui – techniquement – est scindée en deux, et posée en termes d'acceptation ou de refus de modifications de lois votées par le Grand Conseil, tout simplement parce que les différents établissements de soins du canton sont régis par des lois spécifiques.

Il n'en demeure pas moins que cette question de principe a suscité d'âpres débats politiques et le lancement d'un double référendum populaire.

La CCT Santé 21 est entrée en vigueur le 01.01.2004. Depuis lors, régulièrement renégociée, elle s'applique de manière uniforme pour une grande majorité du personnel de la santé du canton (qui représente près de 10% de sa population active).

À la création des établissements de droit public que sont l'Hôpital neuchâtelois (HNE) en 2006, NOMAD<sup>10</sup> en 2006, le Centre neuchâtelois de psychiatrie (CNP) en 2009, il a été admis qu'ils devaient s'affilier à la CCT Santé 21, et que les conditions de travail de leur personnel devaient être régies par celle-ci, décision qui a été ancrée dans les lois constitutives de ces institutions.

De son côté, la loi sur le financement des établissements médico-sociaux (LFinEMS), entrée en vigueur en 2013, a prévu un tarif plus favorable pour ceux qui appliquent la CCT Santé 21 à leur personnel<sup>11</sup>. Cela a incité une partie importante des EMS à s'y affilier. Aujourd'hui, sur les 53 EMS que compte le canton de NE, 35 sont affiliés ou soumis à la CCT Santé 21.

Une étude neutre d'un institut indépendant a par ailleurs établi que la CCT Santé 21 – dans sa version en vigueur jusqu'en 2017 – n'avait pas d'impact négatif significatif, en comparaison intercantonale, sur les coûts de la santé du canton<sup>12</sup>.

Au terme de longues négociations, les partenaires sociaux ont conclu et signé début 2017 une nouvelle CCT Santé 21 pour la période 2017-2020. Pourtant le Grand Conseil, dans sa composition 2013 – 2017, a décidé de supprimer la CCT Santé 21 comme référence, la jugeant trop coûteuse, et d'imposer des CCT différentes pour le personnel soignant et non soignant.

Cette décision a suscité une levée de boucliers et notamment le lancement d'un référendum. Les référendaires dénoncent notamment les risques de sous-enchère salariale, qui paraissent réels. Ils estiment par ailleurs que le patient ne se divise pas, et donc les équipes non plus. En outre un accord négocié doit se respecter, d'autant plus que la CCT Santé 21 a des coûts comparables à ceux de ses voisines romandes, la version 2017 paraissant même plus économique que sa devancière. Finalement, remplacer une CCT unique de santé par des conventions spécifiques par secteurs (soins physiques, psychiatriques, aide et soins à domicile, EMS) et par types de personnels (soignants, non-soignants) représenterait une complication inutile, problématique à mettre en œuvre et dépourvue d'effets positifs prévisibles, car cela reviendrait à remplacer *une* CCT Santé 21 par potentiellement *huit* CCTs.

<sup>10</sup> Neuchâtel organise le maintien à domicile.

<sup>11</sup> Loi sur le financement des établissements médico-sociaux (LFinEMS), du 28.09.2010 ; RSN 832.30 ; art. 24 ; téléchargeable [ici](#).

<sup>12</sup> Cf. rapport d'information du Conseil d'État au Grand Conseil en réponse à la motion du groupe libéral-radical 14.121, du 24.03.2014, « CCT Santé 21 : pour la transparence, enfin ! », du 15.02.2017 ; téléchargeable [ici](#).

Quant à la position des autorités, elle est divergente.

Le *Grand Conseil*, dans sa composition de la précédente législature, et par 60 voix contre 52 (objet 1) et 51 (objet 2), a voulu supprimer la référence à la CCT Santé 21 dans les lois en vigueur, jugeant son application trop contraignante et trop coûteuse pour les employeurs ainsi que pour l'État<sup>13</sup>.

Le *Conseil d'État*, lui, s'est toujours opposé à la décision du Grand Conseil, et propose donc le rejet des deux modifications législatives, pour de multiples raisons rejoignant celles des référendaires. Aux yeux du gouvernement cantonal, le personnel de la santé est confronté à des situations humainement difficiles, à des horaires exigeants, et à un contexte déstabilisant de profondes mutations du secteur. Pour toutes ces raisons, il doit pouvoir travailler aussi sereinement que possible, et cela pour le bien des patient-e-s. Par ailleurs, l'Etat se doit de garantir un minimum d'attractivité des professions de la santé et d'encourager les vocations, en proposant des conditions de travail intéressantes.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Vot'info](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## NW



**Bewilligung eines Objektkredites für die Modernisierung  
des zivilen Flugplatzes Buochs**

**Stimmbeteiligung**

**JA (66.33%)  
49.60%**

Am 23.05.2017 hat der Regierungsrat des Kantons NW dem Landrat beantragt, einen Objektkredit in der Höhe von CHF 10 Mio. für die Modernisierung des Flugplatzes Buochs zu genehmigen. Mit diesem Kredit des Kantons (sowie weiteren CHF 10 Mio. der Pilatus Flugzeugwerke AG) soll das Aktienkapital der Airport Buochs AG (ABAG) um CHF 20 Mio. erhöht werden, um damit die notwendigen Investitionen für die Basisinfrastruktur (z.B. Flugbetriebsflächen, Betriebsgebäude, Sicherheitsmassnahmen) zu finanzieren. Der Kanton NW und die Pilatus Flugzeugwerke AG besitzen je 50% des Aktienkapitals der ABAG, welche den Flugplatzes Buochs seit rund 17 Jahren betreibt.

Der Regierungsrat und die Mehrheit des kantonalen Parlaments sind vom öffentlichen und wirtschaftlichen Nutzen des *heute zivilen Zwecken* dienenden Flugplatzes Buochs überzeugt. So sei der Flugplatz ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons, da er eine Vielzahl von Arbeitsplätzen generiere und erheblich zur Wertschöpfung innerhalb von NW beitrage. Weiter sei der Flugplatz ein wichtiger Standortfaktor und ein Alleinstellungsmerkmal bei der Ansiedlung von Unternehmen. Neben seines Hauptzwecks als Werkflugplatz der Pilatus Flugzeugwerke AG sind auf dem Flugplatz weitere aviatische Nutzungen möglich, wobei aber die Anzahl der Flugbewegungen pro Jahr auf höchstens 20'000 begrenzt ist.

<sup>13</sup> Le Grand Conseil dans sa composition issue des dernières élections cantonales n'a pas eu et n'aura pas l'occasion de se prononcer sur ces deux lois adoptées lors de la précédente législature.



### Der Rückzug der Armee vom Militärflugplatz Buochs – Ein Fall unter Vielen

Der Militärflugplatz Buochs wurde seit 1938 durch die Luftwaffe und später auch durch die Pilatus Flugzeugwerke AG, die Segelfluggruppe Nidwalden und durch Privatflugzeuge genutzt. 2004 wurde der Militärflugplatz Buochs in einer sogenannte „*Sleeping Base*“ umgewandelt, infolge dessen die Armee den Flugplatz nur noch in ausserordentlichen Lagen nutzte und lediglich die minimal notwendigen Unterhaltsarbeiten leistete.

Der Bundesrat hat am 01.07.2009 den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) und den Sachplan Militär (SPM) für den Flugplatz Buochs verabschiedet. Im SPM wird der Flugplatz als „*Sleeping Base*“ und im SIL als „zivil mitbenützter Militärflugplatz“ aufgeführt. Im SIL werden die Zweckbestimmung, die Rahmenbedingungen zum Betrieb, der Flugplatzperimeter, die Lärmbelastung, die Hindernisbegrenzung sowie der Natur- und Landschaftsschutz festgelegt. Die beiden Sachpläne sind rechtsgültig und bilden die Basis für die Weiterentwicklung des Flugplatzes und insbesondere für die Erarbeitung des vom Bundesamt für Verkehr geforderten Betriebsreglements.

Gemäss dem Stationierungskonzept der Armee vom 25.11.2013 sowie dem Entwurf zum Sachplan Militär vom September 2016 wird die Armee die „*Sleeping Base*“ *aufgeben* und sich definitiv vom Flugplatz Buochs zurückziehen. Der Bund beabsichtigt jedoch, die Hauptpiste als strategische Reserve im Eigentum zu behalten und im Baurecht an den Kanton abzugeben.

Mit diesem vollständigen Rückzug der Armee wird der Flugplatz Buochs zu einem *zivilen Flugplatz*. Dies erfordert eine erneute Anpassung des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) sowie ein Umnutzungsgesuch (inklusive Betriebsreglement). Diese Verfahren sind durch die Airport Buochs AG (ABAG) eingeleitet worden. Alle interessierten Kreise, insbesondere auch der Kanton, die Gemeinden und die Korporationen werden angehört. Zu beiden Verfahren wird im Jahr 2018 eine öffentliche Auflage stattfinden.

NW ist jedoch keineswegs der einzige Kanton, der mit einer solchen Problematik konfrontiert ist: Durch den fortschreitenden Rückzug der Schweizer Armee aus diversen Infrastrukturanlagen, stellt sich zunehmend die Frage, wie diese künftig genutzt werden sollen. So wird etwa in Sitten die Luftwaffe ihre Verwendung des dortigen Flugplatzes ab 2018 *aufgeben*<sup>14</sup>, weswegen auch dort der Kanton mit der Suche nach einem neuen Nutzungskonzept konfrontiert ist.

Im Landrat wurde der Objektkredit *intensiv* diskutiert. Eine ablehnende Minderheit kritisierte am Projekt insbesondere das als zu gross empfundene Unternehmerrisiko sowie die Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Ebenen im Rahmen der Airport Buochs AG. Von der Minderheit wurde daher gefordert, dass NW seine Beteiligung an der ABAG aufgibt oder auf höchstens 10% reduziert. Die Ein-

<sup>14</sup> Vgl. LISE BAILAT, „A Sion, les adieux des Forces aériennes“, in: „Le Temps“ vom 13.07.2017; abrufbar [hier](#).

flusnahme des Kantons auf den Flugplatzbetrieb solle künftig über Baurechtsverträge für die Flugpiste sowie den Kontrollturm erfolgen.

Der Landrat hat der Vorlage in seiner Schlussabstimmung vom 30.08.2017 mit 40:18 Stimmen zugestimmt. Der Kredit gelangt nun vor die Stimmberechtigten von NW, da nach Art. 52 Ziff. 4 der Kantonsverfassung Objektkredite von über CHF 5 Mio. der obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen sind.<sup>15</sup>

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Abstimmungsbotschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# OW



**Nachtrag zur Kantonsverfassung (Bürgerrecht)**

**JA (77.79%)**  
**33.52%**

**Stimmbeteiligung**

Am 20.06.2014 hat die Bundesversammlung ein neues Bürgerrechtsgesetz<sup>16</sup> beschlossen, aufgrund dessen der Bundesrat am 17.06.2016 eine dazugehörige Verordnung<sup>17</sup> erliess. Beide Erlasse treten auf den 01.01.2018 in Kraft. Das neue Bundesrecht stellt höhere Anforderungen an die einbürgerungswilligen Personen, da es ein Ziel des Bundes ist, dass nur noch *gut integrierte* ausländische Personen eingebürgert werden. Die neuen Zuständigkeitsbestimmungen im Bürgerrechtsgesetz bedürfen einer Anpassung der Kantonsverfassung<sup>18</sup>, damit sie zusammen mit dem Bundesrecht in Kraft treten können.

Das kantonale Recht und die kantonale Praxis entsprechen zwar im Wesentlichen bereits heute dem neuen Bundesrecht. Nichts desto trotz ist eine punktuelle Anpassung bezüglich des Ablaufs und der Organisation des Einbürgerungsverfahrens notwendig: Das *kantonale Verfahren* muss so geändert werden, dass nicht mehr der Kantonsrat, sondern der Bund für den letzten massgebenden Einbürgerungsentscheid zuständig ist.

In diesem Zusammenhang hat der Kantonsrat im Bürgerrechtsgesetz<sup>19</sup> eine Anpassung der kantonalen und kommunalen Zuständigkeiten beschlossen: Auf kantonaler Ebene soll nicht mehr der Kantonsrat, sondern *eine von ihm gewählte kantonale Kommission* die Einbürgerungsentscheide fällen. Auf der *Gemeindeebene* ändert sich das Verfahren indessen nicht. Die Gemeinden erhalten aber die Möglichkeit, in ihrer Gemeindeordnung festzulegen, dass nicht die Gemeindeversammlung sondern eine Einbürgerungskommission oder der Gemeinderat über die Einbürgerungsgesuche entscheidet.

<sup>15</sup> Verfassung des Kantons Nidwalden vom 10.10.1965; GS 111; abrufbar [hier](#).

<sup>16</sup> Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht vom 20.06.2014 (Bürgerrechtsgesetz, BüG) [in Kraft ab dem 01.01.2018]; abrufbar [hier](#).

<sup>17</sup> Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht vom 17.06.2016 (Bürgerrechtsverordnung, BüV) [in Kraft ab dem 01.01.2018]; abrufbar [hier](#).

<sup>18</sup> Verfassung des Kantons Obwalden vom 19.05.1968 (Kantonsverfassung); GDB 101.0; abrufbar [hier](#).

<sup>19</sup> Gesetz über den Erwerb und den Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts vom 17.05.1992 (Bürgerrechtsgesetz); GDB 111.2; abrufbar [hier](#).

### Die neue eidgenössische Bürgerrechtsgesetzgebung «in a nutshell»

Das neue eidgenössische Bürgerrechtsgesetz und die dazugehörige Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht treten auf den 01.01.2018 in Kraft. Die wichtigsten Änderungen in Bezug auf die Einbürgerung ausländischer Personen lauten folgendermassen:

- Die Mindestaufenthaltsdauer der gesuchstellenden Personen in der Schweiz beträgt neu 10 Jahre.
- Die gesuchstellenden Personen müssen im Besitz der Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung) sein.
- Die gesuchstellenden Personen müssen erfolgreich integriert sein.
- Der Ablauf des Einbürgerungsverfahrens wird neu durch das Bundesrecht bestimmt; faktisch letzte Instanz ist das zuständige Bundesamt.
- Die Einbürgerungsbehörden der Schweiz stellen untereinander die für die Gesuchsabklärung benötigten Daten zur Verfügung.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## SH



### 1. Volksinitiative «Initiative Beruf & Familie (Tagesschule 7to7)»

**NEIN (75.1%)**

**Stimmbeteiligung**

**58.0%**

### 2. Änderung des Schulgesetzes (Einführung bedarfsgerechter schulergänzender Tagesstrukturen) [Gegenvorschlag zur Volksinitiative

«Initiative Beruf & Familie (Tagesschulen 7to7)»]

**JA (59.1%)**

**Stimmbeteiligung**

**58.0%**

**Stichfrage**

**Gegenvorschlag (73.6%)**

Diese am 29.12.2015 eingereichte Initiative verlangt eine Teilrevision der Verfassung des Kantons SH<sup>20</sup>. So soll in der Kantonsverfassung festgelegt werden, dass Eltern, deren Kinder während ihrer obligatorischen Schulzeit einen öffentlichen Kindergarten oder eine öffentliche Schule besuchen, bis zum Abschluss der Primarschule an allen Schultagen während zwölf Stunden (also beispielsweise von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends; 7to7) Anspruch auf unentgeltliche Betreuung ihrer Kinder haben. Die Mehrheit des Kantonsrats, wie auch der Regierungsrat, war der Auffassung, dass die in der Initiative festgehaltene Maximalforderung in Form eines Anspruchs auf unentgeltliche Betreuung weder sachlich notwendig noch finanziell tragbar ist. Daher wurde der Initiative eine

<sup>20</sup> Verfassung des Kantons Schaffhausen vom 17.06.2002; SHR 101.000; abrufbar [hier](#).

## Änderung des Schulgesetzes<sup>21</sup> als Gegenvorschlag gegenübergestellt, wobei diese Änderung bereits vor der Einreichung der Volksinitiative vorlag.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in der Politik des Kantons SH seit längerer Zeit diskutiert und ist eines der Legislaturziele des Regierungsrats. Es herrscht Einigkeit darüber, dass im Kanton SH im Bereich der schulergänzenden Tagesstrukturen im gesamtschweizerischen Vergleich dringender Handlungsbedarf besteht. Die Nutzung von beruflichen Kapazitäten, insbesondere von Frauen, soll verbessert und der Kanton als zeitgemässer, familienfreundlicher Wohn- und Arbeitsort attraktiver werden.

Die eingereichte Initiative kennzeichnet sich durch die folgenden Eckdaten:

- Unentgeltliche Tagesstrukturangebote für Erziehungsberechtigte sind im gesamten Kantonsgebiet einzurichten.
- Eine umfassende Abdeckung für die Stufen Kindergarten und Primarschule ist vorgesehen.
- Die Tagesstrukturangebote sollen durch Kanton und Gemeinden voll finanziert werden.
- Die Gemeinden werden *verpflichtet*, angebundene Tagesstrukturangebote in der Nähe von Schulen bereitzustellen, sofern ein entsprechender Bedarf nachgewiesen werden kann.
- Die fraglichen Angebote müssen eine zeitliche Abdeckung von mindestens zwölf Stunden (Bsp.: 07.00 Uhr bis 19.00 Uhr) erreichen.

Die genauen finanziellen Konsequenzen bei einer Annahme der Volksinitiative sind naturgemäss schwer abzuschätzen, wobei der Regierungsrat jedoch von «unverhältnismässig» hohen Kosten ausgeht.

Der Gegenvorschlag enthält derweil insbesondere die folgenden Regelungen:

- Die Gemeinden *können* bedarfsgerechte Tagesstrukturen in der Nähe von Schulen anbieten.
- Die Gemeinden tragen die Kosten der schulergänzenden Tagesstrukturen, wobei sich die Erziehungsberechtigten an den Kosten zu beteiligen haben.
- Die Nutzung des Tagesstrukturangebots ist für die Erziehungsberechtigten freiwillig.
- Die Tagesstrukturangebote sind auf den Stundenplan ausgerichtet und modular aufgebaut.
- Der Regierungsrat legt auf Antrag des Erziehungsrats die kantonalen Vorgaben betreffend der schulergänzenden Tagesstrukturen in einer Verordnung fest.
- Der Kanton beteiligt sich an den Betreuungskosten in Form von Pauschalen pro Schüler, pro Tag und Angebot, sofern die kantonalen Vorgaben eingehalten werden.
- Der Regierungsrat legt die Modalitäten zur Berechnung der Pauschalen auf Antrag des Erziehungsrats in einer Verordnung fest, wobei auf die folgende Grundlage abgestellt wird:
  - a) Beitrag Gemeinde und Erziehungsberechtigte: drei Viertel;
  - b) Beitrag Kanton: ein Viertel.
- Die Gemeinden sind frei in der Tarifgestaltung, wobei die finanziellen Verhältnisse der Erziehungsberechtigten berücksichtigt werden können.

---

<sup>21</sup> Schulgesetz vom 27.04.1981; SHR 410.100; abrufbar [hier](#).

Die Betreuungsangebote des Gegenvorschlags sind modular aufgebaut. Sie bestehen aus der Frühbetreuung (1), der Mittagsbetreuung (2) sowie der Frühnachmittags- (3) und der Spätnachmittagsbetreuung (4):

<b>Modul 1:</b> Betreuung am frühen Morgen vor Schulbeginn	
<b>Schule am Morgen (Blockzeiten am Kindergarten und an der Primarschule)</b>	
<b>Modul 2:</b> Mittagstisch (Mittagsverpflegung, Ruhe, Entspannung, Spiel)	
<b>Schule am Nachmittag</b>	<b>Modul 3:</b> Schulfreie Nachmittage (Lernen, Hausaufgaben, Spiel, Bewegung mit Zwischenverpflegung)
<b>Modul 4:</b> Betreuung im Anschluss an den Schulunterricht oder an die Nachmittagsbetreuung	

Der Gegenvorschlag konnte das Initiativkomitee jedoch nicht überzeugen. So stelle das vorgesehene Betreuungsangebot einen «unübersichtlichen Flickenteppich» an Angeboten mit komplizierten Finanzierungsschlüsseln, Aufgabenverflechtungen, Elternbeiträgen und Subventionen dar. Die Folge eines solchen Vorgehens sei Chaos und zusätzliche Bürokratie. Des Weiteren müsse ein solches System alle paar Jahre wieder angepasst werden, was jedes Mal Kosten in Millionenhöhe verursache.

Die Initiative «7to7 – Anspruch auf Betreuung von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends» biete dem Kanton SH hingegen die Chance, das Problem der Tagesbetreuung von Anfang an richtig zu lösen. So seien die in der Initiative vorgesehenen Angebote solidarisch finanziert, aus einer Hand an der Schule angeboten und freiwillig nutzbar. Damit sei die Initiative eine schlanke, einfache und kostengünstige Lösung, die eine Vielzahl von Bedürfnissen abdecke.

Der Kantonsrat und der Regierungsrat empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern von SH, die Volksinitiative abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

### 3. Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern

**(Juristische Personen mit ideellen Zwecken)**

**NEIN (50.2%)<sup>22</sup>**

**Stimmbeteiligung**

**58.0%**

Hintergrund dieser Teilrevision bildet eine Änderung im Bundesrecht, wonach juristische Personen, die ideelle Zwecke verfolgen, keine Bundessteuer mehr entrichten müssen, sofern ihr Gewinn unter einer gewissen Freigrenze liegt. Für die Kantons- und Gemeindesteuern müssen die Kantone festlegen, bis zu welcher Freigrenze juristische Personen mit ideellen Zwecken steuerbefreit sind, was der Zweck der vorliegenden Teilrevision ist. In säumigen Kantonen gilt ab Anfang 2018 die Freigrenze der direkten Bundessteuer.

Die Änderung im Bundesrecht sieht vor, dass juristische Personen, die sogenannte ideelle Zwecke verfolgen, keine Bundessteuer mehr entrichten müssen, sofern ihr Gewinn höchstens CHF 20'000.- beträgt (*Freigrenze*) und dieser ausschliesslich und unwiderruflich ideellen Zwecken gewidmet ist. Beträgt ihr Gewinn mehr als CHF 20'000.-, muss dieser in seiner Gesamtheit versteuert werden. Durch diese Änderung sollen Vereinigungen zur Pflege von Freizeitaktivitäten entlastet werden, namentlich solche, die sich der Jugend- und Nachwuchsförderung widmen.

<sup>22</sup> Also 12'274 JA gegen 12'387 NEIN ; Unterschied : 113 Stimmen.

Um das System der Steuerbefreiungen für den Kanton SH so unkompliziert wie möglich zu gestalten, haben sich der Regierungs- und der Kantonsrat für einen Nachvollzug des Bundesrechts entschieden. So wurde die Freigrenze im teilrevidierten Steuergesetz<sup>23</sup> auf CHF 20'000.- festgelegt. Gleichzeitig wurde die bisherige Regelung, wonach sämtliche steuerpflichtigen Vereine und Stiftungen einen Abzug von CHF 20'000.- geltend machen können, geändert.

Neu soll für Vereine und Stiftungen, denen die ideelle Zwecksetzung fehlt, eine Freigrenze von CHF 5'000.- gelten. Damit kann auch hier die gleiche Regelung angewendet werden wie bei der direkten Bundessteuer. In der Tat würde die Änderung des Steuergesetzes nur einen sehr kleinen Teil der steuerpflichtigen Vereine und Stiftungen betreffen. Im Jahr 2015 wiesen 14 Vereine und Stiftungen einen Gewinn von mehr als 20'000 Franken aus und elf einen Gewinn von mehr als CHF 5'000.- bis maximal CHF 20'000.-.

Eine Minderheit der Ratsmitglieder befürchtete infolge der Teilrevision des Steuergesetzes eine deutliche Verschlechterung der finanziellen Situation der Vereine. Ebenfalls wurde gegen die Revision aus Gründen des Wettbewerbsföderalismus argumentiert: Mit der neu vorgesehenen steuerfreien Grenze für die Gewinnbesteuerung von CHF 5'000.- sei SH nicht mehr wie bisher ein steuerlich sehr attraktiver Standort für Vereine, sondern werde zum unattraktivsten Kanton der ganzen Schweiz. In diesem Sinne wurde auch vorgebracht, dass andere Kantone die Abzugsgrenze bei der Kantons- und Gemeindesteuer höher angesetzt haben.

Weiter wurde vorgetragen, dass die Unterscheidung zwischen ideellen und nicht-ideellen Zwecken von Vereinen in der Praxis nicht einfach sei und daher ein erhöhter bürokratischer Aufwand zu befürchten sei.

Der Kantonsrat hat der Revision des Gesetzes über die direkten Steuern am 03.07.2017 mit einer Mehrheit von 39:10 Stimmen zugestimmt. Nach Art. 32 Bst. c i.V.m. Art. 33 Abs., 1 Bst. a der Kantonsverfassung unterliegen Gesetze, denen mindestens 4/5 der anwesenden Mitglieder des Kantonsrates *nicht zugestimmt* haben (was in diesem Fall 40 Abgeordneten entsprach), der obligatorischen Volksabstimmung.<sup>24</sup>

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Abstimmungs-Magazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## TG



**Kreditbegehren von 26'880'000 Franken für den Erweiterungsbau**

**2 der Pädagogischen Hochschule Thurgau in Kreuzlingen**

**JA (54.48%)**

**Stimmbeteiligung**

**25.0%**

Die Pädagogische Hochschule Thurgau hat akute Platzprobleme: In der PH, welche ursprünglich auf 350 Studentinnen und Studenten ausgerichtet war, sind derzeit knapp 800 angehende Lehrpersonen in den verschiedenen Studiengängen eingeschrieben. Zudem machen die geänderten Anforderungen an den Hochschulbetrieb Anpassungen bei den Bauten und Anlagen notwendig. Um diese Änderungen umsetzen zu können, wird den Stimmberechtigten von TG das vorliegende Kreditbegehren vorgelegt.

<sup>23</sup> Gesetz über die direkten Steuern vom 20. März 2000; SHR 641.100; abrufbar [hier](#).

<sup>24</sup> Verfassung des Kantons Schaffhausen vom 17.06.2002; SHR 131.223; abrufbar [hier](#).

Mit einem Erweiterungsbau auf dem «Campus Bildung Kreuzlingen»<sup>25</sup> können gemäss dem Regierungsrat von TG die an einen modernen Hochschulbetrieb gestellten baulichen und betrieblichen Anforderungen erfüllt werden. Mit dem Ergänzungsbau könne zudem das Zusammenwirken mit den anderen Bildungsinstitutionen im Campus-Areal verstärkt werden.

Der Ergänzungsbau ist nach dem gesetzlichen vorgeschriebenen Standard Minergie-P konzipiert. Im Rahmen der Ausführungsplanung soll eine Zertifizierung nach dem strengeren Standard Minergie-A angestrebt werden, was voraussichtlich auch eine Reduktion der Baukosten ermöglichen wird.

Der Grosse Rat hat dem Kreditbegehren in der Höhe von CHF 26'880'000.- mit 95:12 Stimmen zugestimmt und empfiehlt den Stimmberechtigten von TG zusammen mit dem Regierungsrat die Vorlage anzunehmen.



**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Botschaft des Regierungsrates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

---

<sup>25</sup> Die PHTG bildet zusammen mit der PMS und der Kantonsschule Kreuzlingen (KSK) den „Campus Bildung Kreuzlingen“. Die beiden Mittelschulen und die Hochschule befinden sich in direkter Nachbarschaft zueinander.